„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. Februar 1923 | 12 Seiten | Nummer 14

Dominion-Parlament eröffnet

Am Mittwoch nachmittag, den 31. Januar wurde unter den üblichen Formalitäten das Parlament in Ottawa eröffnet.

Die Thronrede, vom General-Governeur Baron Byng of Vimy verlesen, weist darauf hin, daß Canada schnelle Fortschritte auf dem Wege zu wirtschaftlicher Besserung macht und sich schneller von den großen Schaden des Krieges erholt als die meisten anderen Länder. Sie weist darauf hin, daß mit Frankreich und Italien neue Handelsverträge gemacht worden sind, die dem Parlament zur Begutachtung werden vorgelegt werden. Weiter wird bekannt gegeben, daß ein neues Direktorat der amalgamierten Staatsbahnen (C.N.R., Grand Trunk und Intercolonial Bahn) ernannt worden ist, daß Groß-Britannien endlich das Einfuhrverbot gegen canadisches Schlachtvieh aufgehoben hat und daß eine Kommission ernannt worden ist, um auszufinden, ob die Frachtraten auf den Großen Seen nicht übermäßig hoch sind.

Die Thronrede kündigt dann verschiedene Vorlagen an, namentlich ein Gesetz gegen unbillige Preistreibereien und Behinderung des Handels, eine Vorlage zur Revision des Bankgesetzes und eine Vorlage zur Neu-Einteilung der Wahlkreise des Landes. Ferner wird angekündigt, daß ein besonderes Komitee ernannt werden soll, um für die Landwirtschaft wichtige Dinge zu untersuchen wie das Mischen von Getreide in End-Elevatoren, die Vermarktung von Getreide und Farmprodukten überhaupt. Die Entwicklung der Viehzucht und der Gemischtwirtschaft.

Zur Einwanderungsfrage bemerkt die Thronrede: „Meine Ratgeber haben ernstlich Mittel und Wege erwogen, einen größeren Zufluß wünschenswerter Einwanderer zu bekommen, um das noch vorhandene große für Landwirtschaft geeignete Gebiet zu entwickeln. Eine neue Reklame- und Propaganda-Kampagne ist in Großbritannien und den Ver. Staaten begonnen und wird auch auf andere Länder ausgedehnt werden, wo sich passende Ansiedler finden mögen. Auch in anderen Hinsichten wird das Departement für Einwanderung und Kloonisation seine Tätigkeiten erweitern."

Bahnsysteme vereinigt

Premierminister King machte bekannt, daß die Canadian National Bahn und die Grand Trunk Bahn jetzt zu einem einzigen System vereinigt worden seien. Die Direktoren der Canadian National Bahn, so sagte der Premierminister weiter, hätten vorgeschlagen, Montreal anstatt Toronto zum bleibenden Hauptquartier der vereinigten Staatsbahnen zu machen. Die Unterzentralen der Verwaltung des östlichen, mittleren und westlichen Distrikts würden in Moncton, Toronto und Winnipeg sein.

Die Bahngesellschaften werden vereinigt den Namen tragen Canadian National Railway Co. und werden ein Aktienkapital von reichlich 180 Millionen Dollars haben, das jeweilig im Namen des canadischen Finanzministers steht. Damit ist endlich die Amalgamation der beiden Bahnlinien vollzogen und die Grand Trunk besteht nicht mehr als separates Bahnsystem. Heute gibt es nur ein einziges Staatsbahnsystem mit einer Hauptoffice, einer einheitlichen Geschäftsleitung und einer einzigen Oberkontrolle.

Geheimes Kabelgramm

Im letzten Herbst, während Lloyd George noch das Regiment in England führte, spitzte sich bekanntlich die sogenannte Nahöstliche oder Kleinasiatische Frage so zu, daß man in England Krieg befürchtete. Damals wandte sich die britische Regierung an die Regierungen der Dominionen mit einer vertraulichen Anfrage betreffs Hilfe vonseiten der Dominionen im Kriegsfalle.

Hon. Arthur Meighen, Oppositionsführer im Parlament verlangte nun, daß diese vertraulichen Anfragen dem Hause bekannt gemacht werden sollte, was Premier King jedoch ablehnte. Er sagte, der General-Gouverneur hätte damals einen Kabelgramm erhalten, in welchem angefragt wurde, ob Canada ein Truppen-Kontingent zu schicken wünsche. Das sei die erste Andeutung gewesen, die die Regierung aus London erhalten habe, daß die Lage eine sehr ernste sei. Er habe darum näher in London angefragt ob man die Sache in London als so gefährlich ansehe, daß das canadische Parlament einberufen werden müsse. Er habe den Standpunkt eingenommen, daß nur das Landes-Parlament zu entscheiden habe, ob eine Truppen-Abteilung geschickt werden solle oder nicht.

„Wir halten dafür", schloß der Premierminister, **„daß es Pflicht des Parlaments ist, zu entscheiden, ob wir an Kriegen in verschiedenen Teilen der Welt teilnehmen sollen. Es ist nicht recht und passend, daß eine Gruppe von Einzelpersonen durch irgend einen Schritt und auf irgend eine Weise die Rechte des Parlaments beschränkt in einer Sache, die von so großer Bedeutung für alle Bewohner unseres Landes ist."**

Liberale und progressive Abgeordnete klatschten bei diesen Worten Beifall. Hon. Arthur Meighen, der Führer der Opposition, kritisierte die Thronrede dahin, daß sie nichtssagend sei und dabei manches enthalte, was schon alt sei. Er tadelte die Regierung scharf, weil sie keine energische Einwanderungs-Politik verfolgt habe. In dem ganzen letzten Jahr seien nur 60,000 Einwanderer nach Canada gekommen und die Zahl der britischen Einwanderer werde immer kleiner. Dabei sei die Auswanderung stärker und stärker geworden — wir führten heute nicht nur Getreide aus, sondern auch Menschen und Ansiedler-Effekten. Das sei eine sehr schlimme Sache und der Hauptgrund unserer wirtschaftlich schlechten Lage. Er tadelte die Regierung dann noch, daß sie immer größere Schulden mache. Obgleich Canada verhältnismäßig lange nicht so hohe Summen aufbringen müßte zur Zahlung der Kriegsschulden als England, sei Großbritannien in der Lage, die Staatsschulden zu verringern, während Canada sie noch vergrößere. Er tadelte den Premierminister weiter, daß er die vertraulichen Berichte von London wegen der Nahöstlichen Krise nicht allgemein bekannt gebe, worauf ihm vom Premierminister erwidert wurde, daß die britische Regierung eine solche offene Vorlegung nicht wünsche, daß er (Meighen) aber persönlichen Einblick in die Papiere nehmen dürfe, da er als Mitglied des Privy Council (Geheimer Staatsrat) dazu berechtigt sei.

Crerars Nachfolger

Herr Robert Forke, Abgeordneter für den Wahlkreis Brandon und jetziger Führer der Progressiven an Stelle Crerars, hielt seine erste Parlamentsrede als offizieller Führer der progressiven Partei und erklärte in derselben, daß die Progressiven nicht im Parlament wären, um der Regierung nur im Wege zu stehen. Sie seien da, um der Regierung ihre Ideen und Grundsätze vorzulegen und zu versuchen, diese in Gesetzen zu verkörpern. Er selbst sehe die jetzigen Zustände im Lande optimistisch an. Die Zeiten seien schlecht gewesen, aber er glaube, Canada sei über die schlimmsten Schwierigkeiten hinweg und die Zeiten würden sich bald bessern. Letztes Jahr hätten wir eine große Ernte gehabt und Canada sei heute noch ebensogut, als es jemals gewesen. Wenn die Zeiten noch nicht besser seien, so läge das zum großen Teil an dem Durcheinander in Europa. Man habe den großen Krieg geführt, um „Kriege für immer zu enden" — Aber heute wisse man besser Bescheid. Ehe internationaler Neid, Eifersucht und Habsucht nicht Dinge der Vergangenheit seien, würde es nicht viel besser werden können. Er wies dann hin auf die Eigentümlichkeit, daß man Handelsverträge mit großer Mühe machte anstatt die Zollschranken wegzuräumen, kritisierte die Regierung, daß sie viele Worte gemacht aber keine „Taten getan" habe betreffs Förderung der Einwanderung und meinte, daß viele unserer wirtschaftlichen Uebel auf die kleine Einwanderung der letzten Jahre zurückzuführen seien. Er wies besonders darauf hin, daß in Großbritannien viel junge Farmarbeiter vorhanden seien und man müsse diese Leute nach dem Westen bringen, denn der Westen habe Arbeit genug für diese.

Nachdem er dann noch daran erinnert hatte, daß die Progressive Partei nach wie vor für Erniedrigung der Zölle arbeiten werde, meinte er betreffs der Revision des Bank-Gesetzes, daß das Bankwesen eingehend studiert werden solle vom Standpunkt des Volkes und nicht so sehr vom Standpunkt der Bankiers.

Heilmittel gegen Influenza entdeckt

Schenectady, N. Y., 6. Febr. — Nach einer Ankündigung von Dr. Simon Flexner von der Rockefeller Stiftung, haben Aerzte den Influenza Bazillus entdeckt und isoliert. Gelehrte bemühen sich jetzt um ein Gegenmittel, um den Verherrungen dieser Seuche Einhalt zu tun. Flexner schreibt die Entdeckung den Doktoren Gates und Olitzky vom Institut zu, die mehrere Jahre auf diese Tätigkeit verwandten.

Ihre Untersuchung führte zur Entdeckung einer vorher unbekannten Bazille, die sich im Kopfe und Hals in den ersten 36 Stunden nach der Influenzaansteckung auffindet. Dieser Keim war nach den Aerzten im Hals von Leuten, die andere Krankheiten hatten, nicht zugegen, auch nicht bei gesunden. Injektionen in Kaninchen rief Symptome verschiedener Stufen der Influenza hervor. Sollte den Rockefeller-Gelehrten die Herstellung eines Serum gelingen, welches die Verherrung durch diesen Keim zu nichte macht, so würden Tausende vom Tode gerettet.

Frankreich droht weiter

Deutsche Arbeiter appellieren an Amerikas Ehre

Reichskanzler Cuno schildert französische Tollheit

Frankreich droht mit weiteren Gewaltmaßnahmen.

Paris, 6. Febr. — Die Lage im Ruhrgebiet hat mit dem französischen Ultimatum an Deutschland, worin mit neuen geheimnisvollen Gewaltmaßnahmen gedroht wird, „wenn die antifranzösische Haltung der deutschen Regierung nicht sofort geändert werde," eine neue Wendung genommen. Die neuen Maßnahmen sollen das folgende einschließen:

1. Vollständige Verhinderung der Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland.

2. Beschlagnahme aller Zechen, Fabriken und Bahnen.

3. Deportation aller Beamten und aller Arbeiter, die sich weigern, unter französischen Superintendenten zu arbeiten.

4. Vollständige Isolierung des Ruhrgebiets durch eine Mauer von Zöllen, die so hoch sind, daß Deutschland keine Produkte aus dem Ruhrgebiete erhalten kann.

Wenn diese Maßnahmen nicht genügen, Deutschland zur Nachgabe zu zwingen, so erklären, selbst die bestunterrichteten Staatsmänner freimütig, daß sie nicht wissen, was Poincaré sonst noch vorhaben könne.

Deutsche Arbeiter appellieren an Amerikas Ehre.

Berlin, 6. Febr. — Eine Botschaft, welche Beamte des Gewerkschaftsbundes an den Senat und das Abgeordnetenhaus in Washington sandten, appelliert an die „überlieferte amerikanische Ehre". Der Appell dringt das Gefühl der Bestürzung zum Ausdruck, mit welchem zwölf Millionen deutsche Arbeiter die Besetzung der Ruhr betrachten und äußert die Zuversicht, daß die Ver. Staaten sich nicht „zur Vernichtung des deutschen Volkes an dem Kriege beteiligt haben." Amerikanische Ehre, sagt der Aufruf, die sich in diesem Zeitpunkt geltend machte, würde Europa und die Welt vor unvermeidlichem Unheil zu retten. Die Besetzung der Ruhr und der Versailler Vertrag, bemerkt der Aufruf, haben einem für den deutschen Arbeiter verhaßten Zustand der Sklaverei unvermeidlich gemacht. Es werden nicht bloß die Wirtschaftsfolgen von Deutschland und Europa zerrüttet, sondern auch Millionen von deutschen Arbeitern droht Beschäftigungslosigkeit, infolge des bestimmten Versprechens von Amerika, daß Recht und Gerechtigkeit herrschen sollen, erklärten die Arbeiter, erhaben sie Ausschreitungen durch Demokratie, unterwarfen sich vollständiger Entwaffnung und gaben ihrem Verdingungsgefühl Wunsche Ausdruck, für Frieden und internationale Versöhnung zu arbeiten.

Cuno schildert wirtschaftliche Tollheit.

Berlin, 6. Febr. — Kanzler Cuno besprach mit amerikanischen Berichterstattern die Ruhrbesetzung. Es ist ein böses Geschäft, sagte er, schlimm für den Gläubiger, aber noch schlimmer für den Schuldner. Denn der erstere bekommt nichts, während der letztere systematisch ruiniert wird. Der Kanzler schilderte die wirtschaftliche Seite der Ruhr leidenschaftslos und machte keine Andeutung, daß Deutschland die Initiative ergreifen werde. Liegt, fragte er, auch nur eine Spur von wirtschaftlicher Logik oder Geschäftssinn in diesem bewaffneten Ueberfall auf eines der am meisten verwickelten und produktivsten industriellen Gebiete in der Welt, das nicht allein zu aktiver Mitwirkung beim Wiederaufbau der Welt hervorragend geeignet, sondern auch offenbar bestimmt ist. Cuno glaubt, daß einige wenige Tatsachen und Zahlen genügen, um die verheerende Niederträchtigkeit der „französischen und belgischen Militärautokraten" zu zeigen. Er gab dann statistische Mitteilungen über die Kosten des Vorstoßes im Vergleich zur Versäumnis bei Entschädigungen, um deren willen Deutschland gelähmt wird. Die französisch-belgische Ruhrarmee werde sich als ein höchst unproduktives Werkzeug erweisen, das hauptsächlich Verwerfung und Zerstörung anrichte.

Ring französischer Bajonette um Ruhrgebiet jetzt geschlossen.

Düsseldorf, 6. Febr. — Der Ring französischer Bajonette um das Ruhrgebiet ist geschlossen. Alle Straßen und Schienenwege in das unbesetzte Deutschland sind von französischen Truppen besetzt. Die Nahrungsknappheit verursacht bereits große Besorgnis.

Im ganzen Ruhrgebiet ist die Erbitterung der Bevölkerung durch die in Kraft getretene Kohlensperre für das übrige Deutschland aufs höchste gesteigert worden. Es wird befürchtet, daß infolge der Kohlensperre der passive Widerstand der Deutschen zu etwas Schlimmerem umschlagen mag. Die 500,000 Grubenarbeiter und 200,000 Bahnarbeiter werden ohne Zweifel der deutschen Regierung bis zum Ende treu bleiben.

Blutbad prophezeit.

In dem ganzen besetzten Gebiet hört man im letzten Monat die gleiche Kunde: Es gibt hier früher oder später ein Blutbad. Wenn die Verzweiflung einsetzt, werden Männer und Frauen lieber ihr Leben gegen Bajonette und Maschinengewehre wagen, als elend verhungern.

Deutsche Regierung könnte allgemeinen Streik im Ruhrgebiete veranlassen, tut es aber nicht.

Berlin, 6. Febr. — Dr. Wilhelm Severing, der deutsche Minister des Innern, erklärte, die deutsche Regierung könne mit einem Worte oder einer Geste einen allgemeinen Streik im Ruhrgebiete zur Tatsache machen, aber dies werde nicht geschehen, denn die Regierung wie die Gewerkschaften seien überzeugt, daß ein allgemeiner Streik ein verhängnisvoller Schritt sein würde, der die schlimmsten Folgen haben würde. Das nationale Gefühl und der Instinkt der Arbeiter würden diese verhindern, den französischen Befehlen Folge zu leisten, aber es sei unmöglich zu sagen, was kommen möge, wenn die Arbeiter und ihre Familien Hunger

Katholiken Rheinlands appellieren an ganze katholische Welt.

Berlin, 6. Febr. — Vertreter aller römisch-katholischen Vereine und Verbände, des besetzten deutschen Gebiets haben, laut einer Depesche aus Köln, unter ausdrücklicher Gutheißung des Kardinal-Erzbischofs Dr. J. Schulte von Köln beschlossen, einen Aufruf zu erlassen, welcher im Namen der fünf Millionen Katholiken des besetzten Rheinlandes im Interesse der Gerechtigkeit, des Friedens und der Versöhnung an die Katholiken der ganzen Welt und an die ganze Menschheit appelliert.

Holländische, amerikanische und dänische Kommission besorgen Hilfswerk im Ruhrgebiet.

Berlin, 6. Februar. — Es heißt, daß in Amsterdam umfassende Vorkehrungen für das Hilfswerk im Ruhrgebiete getroffen werden, und daß sofort Stationen für Verteilung von Nahrungsmitteln im ganzen Gebiete werden eröffnet werden. Mit der holländischen Hilfswerk-Kommission werden, wie berichtet wird, die amerikanische Hilfswerk-Administration und eine dänische Kommission zusammenwirken, leiden müßten.

Italien nicht vertragsbrüchig wie Frankreich.

Rom, 6. Febr. — Premier Mussolini wiederholte in einem Ministerrat, daß sich Italien an den französisch-belgischen politischen und militärischen Maßnahmen in der Ruhr nicht beteiligt. Er nahm Gerüchte über einen ähnlichen Einfall auf ungarisches Gebiet zum Anlaß, um zu versichern, daß Italien keinen Weg einschlagen werde, welcher den Streit vergrößert und einen Bruch bestehender Verträge bildet.

Letzte Nachrichten

Montreal. — Die am Montag gehaltenen Provinzialwahlen resultierten in einem Sieg der Liberalen unter Premierminister Hon. L. A. Taschereau. Die Liberalen wählten 62 Abgeordnete und die Opposition 22. In Stadt und Distrikt Montreal gingen aus 15 Sitzen 13 an die Opposition.

Koblenz. — Als weitere Strafmaßnahmen haben die Franzosen die Besetzung der Orte Offenburg und Appenweiler an der Grenze Badens vorgenommen. Sie gehen vor, damit den Dienst auf den Paris-Orientzügen sicher stellen zu wollen.

Lausanne. — Die Friedenskonferenz mit den Türken ist zu Ende nachdem daß der den Türken vorgelegte Vertrag von diesen angenommen worden ist. Ismet Pascha, der Hauptvertreter der Türkei, weigerte sich auf's Entschiedenste, den Vertrag anzunehmen.

New York. — Moritz Stern, Besitzer eines Drug Stores hier, kam mit der „Fort Victoria", einem Dampfer, der 4235 Kisten Whisky von Bermuda (Bahama Inseln) nach St. John, N. B., brachte. Man vermutet, daß der Schnaps für die Ver. Staaten sei und Moritz Stern wurde deshalb genau von Zollbeamten ausgefragt. Er sagte, der Whisky sei für die Great Western Wine Co. mit Offices in Montreal, Regina, Vancouver und St. John.

Cairo, Egypten. — Das egyptische Kabinett resignierte heute, aber König Fuad weigerte sich, die Resignation anzunehmen. Die Resignation war die Folge von Schwierigkeiten mit der englischen Regierung, weil die egyptische Regierung die Oberhoheit über den Süden verlangte.

Washington. — Der republikanische Senator Gooding hat eine Gesetzesvorlage eingebracht zur Bildung einer Weizenverkaufs-Korporation mit einem Kapital von 300 Millionen Dollars. Der Weizenpreis soll nach der Vorlage auf $1.75 bestimmt werden.

Shanghai, China. — „Asien für die Asiaten", ist Dr. Sun Yat Sen's Motto. Sun Yat Sen war früher das Oberhaupt der Kanton-Regierung. Er befürwortet einen russisch-japanischen Bund. Japan habe die goldene Gelegenheit versäumt, Asien den Asiaten zu erhalten, als es im Großen Krieg gegen Deutschland in den Kampf gezogen sei, während er geraten habe, mit Deutschland gegen die Anglo-Sachsen zu gehen. China müsse jetzt die Führung gegen die Anglo-Sachsen übernehmen.

Traurige Folgen für deutsche Kinder

Sagt amerikanischer General voraus.

Berlin, 6. Febr. — Generalmajor Allen, der die amerikanischen Truppen am Rhein befehligte, ist noch in Koblenz zurückgeblieben, um die letzten Geschäfte, welche sich aus der Okkupierung ergeben haben, zu regeln.

Er gewährte einem Vertreter des „Berliner Lokalanzeiger" ein Interview, in dem er unter anderem das Folgende sagte:

„Ich glaube, daß die Kinder, die jetzt geboren werden, die Konsequenzen zu tragen haben werden von dem, was jetzt hier vorgeht. Selbst wenn der Streit zu einem schnellen Ende kommen sollte, so ist bereits so unendlich viel Schaden angerichtet worden, daß dieser sich nicht mühelos aus der Welt schaffen ließe.

„Es scheint unendlich schwer zu sein, die notwendige Lösung zu finden. Es ist unzweifelhaft eine schreckliche Situation, und es ist furchtbar, daß die Kleinen, die jetzt vergnügt mit ihrem Spielzeug sich amüsieren, in der nahen Zukunft all das Schwere zu ertragen haben werden, was jetzt hier aufgeschichtet wird.

„Auf beiden Seiten des Rheines wird der Ausblick für Europa als ein sehr ernster und düsterer angesehen. Ein merkwürdiges Symptom ist es, daß immer die Frage aufgeworfen wird: „Kann Amerika mit Gleichgültigkeit zusehen, daß ein Markt nach dem anderen in der Welt zerstört wird?"

„Eine militärische Okkupation ist niemals eine angenehme. Sie ist immer mit schweren Widerwärtigkeiten verbunden. Sie belastet die Bevölkerung und stört friedliche Beziehungen.

„Ich glaube aber, daß die amerikanische Okkupation klar erwiesen hat, daß es notwendig ist, daß die okkupierende Macht sich so wenig als irgend möglich in die Affären der Bevölkerung einmischt.

„Meine Aufgabe hier war eine eng begrenzte. Ich sah den Zweck nicht ein, meine Funktionen in irgend einer Weise auszudehnen.

„Ich habe als Soldat ein langes Leben hinter mir! Ich bin in viele recht schwierige Lagen geraten. Doch das, was sich hier vor meinen Augen abspielt, ist das ernsteste Schauspiel, das ich je beobachtet habe, und ich hoffe, daß ich nicht mehr in meinem Leben ein Zeuge ähnlicher Vorgänge sein werde."

Polen von Deutschland gemahnt

Berlin, 6. Febr. — Die bedrohliche Lage, die durch Polens Haltung entstanden war, hat sich geklärt. Polens Neigung, Frankreich in seinem Vorgehen gegen Deutschland vom Osten her zu unterstützen, ist bedeutend abgeflaut, nachdem die deutsche Regierung der polnischen in fester Weise zu verstehen gegeben hat, daß irgend eine Bewegung gegen Deutschland auf Gegenwehr stoßen würde. Auch hat Polen Rußland zu fürchten. Der polnische Insurgentenführer Korfanty hat sich zwar nach Paris begeben, um mit der französischen Regierung zu verhandeln, doch glaubt man nicht, daß Frankreich zugeben wird, daß die Polen weiter in Schlesien einrücken, weil dann Rußland sofort eingreifen würde.

Winnipeg. — Das Budget der Provinzial-Regierung für 1922 wird das größte Defizit in der Geschichte der Provinz zeigen, nämlich über eine Million Dollars.

Noch etwas zur Mäßigkeitsfrage

Im ganzen Westen ist heute die Mäßigkeitsfrage von hochwichtiger Bedeutung. Nachdem wir aus mehrjähriger Erfahrung mit der Prohibition den Schluß ziehen müssen, daß Prohibition nicht prohibiert, d. h. daß man trotz Prohibition trinkt — sind wahre Mäßigkeitsfreunde in allen drei West-Provinzen an die Arbeit gegangen, um den Regierungen zu durch Unterschriften der Stimmgeber zu beweisen, daß die öffentliche Meinung heute gegen Prohibition ist.

In Manitoba haben die Mäßigkeitsfreunde Petitionen mit 79,000 Stimmen der Regierung vorgelegt. Gegenüber einer so großartigen Aeußerung des Volkswillens konnte die Regierung nichts anderes tun, als eine Volksabstimmung bewilligen, die im Juni stattfindet.

In Alberta brachten die Mitglieder der Mäßigkeits-Liga 51,000 Unterschriften zusammen und die Regierung wird sich nun klar werden müssen, ob sie die albernen u. geradezu schädlichen Temperenz-Gesetze trotz dieser 51,000 Feinde der Prohibitions-Gesetze ohne Abstimmung beibehalten will.

Was nun Saskatchewan anbetrifft, so ist die sogenannte Mäßigkeits-Liga noch fleißig an der Arbeit, mehr Unterschriften zu bekommen. Wir können heute schon sagen, daß wir viel mehr Unterschriften bekommen werden, als Alberta und hoffen dabei, daß wir Manitoba übertreffen. Sollten genügend Unterschriften zusammenkommen, dann wird die Regierung gezwungen, dem Volkswillen gemäß eine Abstimmung zu bewilligen. Und das ist das nächste Ziel der Freunde der Mäßigkeit. Ist die Abstimmung bewilligt, dann ist die Schlacht schon halb gewonnen und kommt es dann darauf an, zielbewußt und energisch weiter zu arbeiten.

Dich wollen wir nicht vorgreifen. Heute heißt es, möglichst viele Unterschriften unter die Petitionen zu setzen. Die Zeit zur Einreichung der Petitionen ist noch bis zum 15. Februar verlängert worden und richten wir an alle, die für wahre Mäßigkeit und gegen Temperenzzwang sind, die Mahnung, die Petition an die Regierung sofort zu unterschreiben, wenn sie es noch nicht getan haben. Alle Stimmgeber — Männer wie Frauen — können und sollten unterschreiben, damit wir mal wieder vernünftige Gesetze bekommen.

Wozu brauchen wir Zwangsgesetze, verfälschten Whisky, selbst gebrannten Fusel und dergleichen unsinnige Dinge? Als mündige vernünftige Menschen wollen wir vernünftige Gesetze und Regierungs-Kontrolle des Getränkehandels.

Wer dafür ist, der unterschreibe die Petition und jeder, der Petitionen hat, schicke sie bis zum 15. Februar an die Regina Hauptoffice ein.

Das Farmarbeiter-Problem

Das Problem, im Frühjahr und Herbst genügend Farm-Arbeiter für Einsaat und Ernte zu bekommen, kehrt jedes Jahr für unsere Farmer hier im Westen wieder. Das Problem ist ein großes und wichtiges, denn mit ihm ist Menge und Güte des im Westen alljährlich eingebeimsten Erntesegens verbunden.

Die Canadian Pacific Bahngesellschaft hat nun einen großen Plan gefaßt, durch dessen Ausführung sie in großartiger Weise ein gewaltiges Stück dazu beitragen wird, dies Problem zu lösen. In kurzen Worten ist dieser Plan der C.P.R. wie folgt:

Sie hat in letzter Zeit an ihre Stations-Agenten im ganzen Lande Applikations-Formulare geschickt, welche die Farmer ausfüllen und an die Haupt-Office einschicken können. In diesen Formularen geben die Applikanten an, wann und für wie lange sie einen Farmarbeiter brauchen, welche Löhne sie bieten und welcher Nationalität der Arbeiter sein sollte. Diese Applikations-Formulare sind jetzt in den Händen der Stations-Agenten und die Farmer können sie dort bekommen.

Die Regierungen von Groß-Britannien, Belgien, die Schweiz, Norwegen, Holland und Dänemark haben ihren Wunsch bereits ausgedrückt, einen Teil ihrer überflüssigen Bevölkerung, wenn möglich, nach Canada zu dirigieren und sie hier anzusiedeln. Sie werden darum der Sache sympatisch und fördernd gegenüber stehen. In all diesen Ländern hat die C.P.R. Zweigbüros, an deren Spitze Leute stehen, die die Verhältnisse und Zustände in Canada genau kennen und selbst meistens Farmer-Erfahrungen in West Canada gehabt haben.

Diese Leute sind in jeder Hinsicht bestens imstande, die Applikanten von drüben auf ihre Tauglichkeit für canadische Verhältnisse zu prüfen und den Farmern nur Leute zukommen zu lassen, die für sie in jeder Richtung passend und brauchbar sind.

Die Farmer haben also durch diesen neuartigen Plan die Gelegenheit, sich Arbeiter von drüben kommen zu lassen aus solchen Ländern, woher sie selbst gekommen sind, wenn sie das wünschen sollten. Meistens nimmt man doch lieber einen „Landsmann" als einen völlig Fremden. Dazu kommt, daß die Sache mit keinen Auslagen für den Farmer verbunden ist, ehe der Farmarbeiter nicht programmäßig auf der dem Applikanten nächstliegenden Bahnstation angekommen ist. Er braucht also nicht die Fahrkarte von drüben zu bezahlen, da das ja nicht eigentlich seine Sache ist, sondern die der Bahngesellschaft und des Neuankömmlings.

Man erwartet von der weitgehenden Durchführung dieses Planes einen großen Nutzen in doppelter Hinsicht. Einmal wird dadurch die Farmarbeiter-Frage in einem bedeutenden Grade gelöst und dann werden sicher die meisten der so herübergebrachten Farmarbeiter sich über kurz oder lang auf Ländereien hier im Westen ansiedeln, und selber Produzenten werden. Diese so erhaltenen Einwanderer sollten im großen Ganzen zu der „wünschenswerten" Klasse gehören und so sollte der C.P.R.-Plan auch beitragen zur Lösung der Einwanderer-Frage.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Dominion-Parlament eröffnet. — Frankreich droht weiter. — Noch etwas zur Mäßigkeitsfrage. — Das Farmarbeiter-Problem. — Letzte Nachrichten.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Erzählung: Gertrud auf wunderbarem Pfad zum Glück.
S. 3—Die Nachschen eines neuen Krieges. — Die erste Hilfsaktion im Ruhrgebiet. — Das Recht auf die Muttersprache und ihre Erhaltung.
S. 4—Aus canadischen Provinzen.
S. 5—Poincaré lädt Ruhr auf dem Rücken. — Schweizer Pfarrer über Frankreichs Gewaltstreich. — Ruhrlohen erschütterten Frankreich. — Amerikanischer Bedingungen.
S. 6—Für unsere Hausfrauen. — Für die Kinder. — Für unsere Farmer.
S. 7—Erzählung: „Die Sünden der Väter!"
S. 8—Aus Regina und Umgegend.
S. 9—Wilson's 14 Punkte. — Die Gefahr der Mutterstörung. — Aufruf zu einer Ruhrlerde. — Kirchweihe zu Melville. — Allgemeines.
Für kath. Leser: Volksvereins-Rubrik.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Allgemeines. — Klassifizierte Geschäfts-Anzeigen im Courier.
S. 12—Deutsche Kolonisten auf dem Rückweg. — Die französische Mittelalter-Politik. — Das deutsche Saargebiet. Deutschlands „unsichtbare Einheit."